Nummer 168 Halle, Sonntag, den 20. Juli 1924 50. Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.35 Goldmark und 42 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bankrechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Einer Parlamentskorrespondenz zufolge ist der neue Gesetzentwurf über die Parlamentsreform dem Reichstage zugegangen. Es ist darin ein Abbau der Zahl der Reichstagsabgeordneten von 471 auf 399 vorgesehen.

*

Wie der völkische Block durch seinen Pressedienst mitteilt, sind die Meldungen über angebliche und unüberbrückbare Gegensätze in der Gruppe des völkischen Blocks im bayerischen Landtag und über angebliche Absichten, einzelne Mitglieder auszuschließen, aus der Luft gegriffen.

*

Zur Erinnerung an die zehnjährige Wiederkehr der Befreiung Ostpreußens findet am 23., 24. und 25. August in Tilsit ein großer „Ostpreußentag" statt.

*

Wegen mehrerer Sittlichkeitsverbrechen, begangen an Mädchen im Alter von 15 Jahren, wurde der kommunistische Stadtverordnete Jung in Wald verhaftet.

*

Wie die Telunion zu den Blättermeldungen erfährt, die von neuen Micumverhandlungen am 26. Juli wissen wollen, ist bei der Micum selbst hierüber nichts bekannt.

*

Das englische Unterhaus nahm in dritter Lesung den Gesetzantrag über die Arbeitslosenversicherung mit einigen Abänderungen an.

*

Macdonald will erneut diplomatische Versuche vornehmen lassen, um auf die bevorstehende Reichsregierung im Sinne eines [illegible] Deutschlands in den Völkerbund einzuwirken.

*

Einige Mitglieder der Londoner Konferenz werden das Wochenende in Chequers bei dem Premierminister verbringen. Die Regierung hat an alle Delegierten eine Einladung ergehen lassen, die Reichsausstellung in Wembley morgen nachmittag zu besuchen.

*

Die Nachricht, daß die Neuyorker Bankfirma Kuhn, Loeb u. Co. in Gemeinschaft mit dem Londoner Bankhause Lazard Brothers durch Otto Kahn und Sir Robert Kindersley Verhandlungen über die deutsche Reparationsanleihe führen, wird von der genannten englischen Seite als völlig unbegründet bezeichnet.

*

Der amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, weilt seit gestern in London. Zwar befindet sich der Botschafter offiziell auf Urlaub, aber es ist ohne Zweifel, daß seinem Aufenthalt hier große politische Bedeutung zukommt. Man wird sich erinnern, daß er von Washington beauftragt wurde, nach Europa zurückzureisen.

*

Die Verabschiedung der Milizia nationale, die die Neuformation dieses faszistischen Freiwilligenkorps einleiten sollte, ist hinausgeschoben worden, da die juristische Stellung der Offiziere der Miliz noch nicht geklärt ist.

*

Am Freitag wurde das faszistische Blatt Impero in Rom beschlagnahmt, weil es zur Zerstörung der gegnerischen Parteien und zur Beseitigung einer Reihe hervorragender Zeitungsverleger aufgefordert hatte.

*

Eine Agenturmeldung aus Neunork besagt, daß San Paolo wahrscheinlich innerhalb der nächsten 48 Stunden in die Hände der Regierungstruppen fallen werde.

*

Nach Mitteilungen des Besatzungsamtes ist durch Entscheidung des kommandierenden Generals der Gardeverein in Oberhausen, von dem kürzlich bekanntlich einige Mitglieder verhaftet wurden, als verboten zu betrachten.

*

Wegen Zugehörigkeit zum „Bismarck-Bund" wurden von dem französischen Kriegsgericht in Dortmund der Studienrat Dr. Hirle, der Kaufmann Heinrich Westerkamp und der Bureaubeamte Arthur Westerkamp zu je 1 Monat Gefängnis und 200 M. Geldstrafe verurteilt.

*

Wegen „Spionageverdachts" wurden vom französischen Kriegsgericht Bochum die Kriminalbeamten Blum zu 14 Monaten, Goreki, Gusef zu je 1 Monat und der nicht erschienene Wienkott zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

*

Die Berliner Bäckermeister haben beschlossen, den Brotpreis durch eine Herabsetzung des Teiggewichtes um 250 Gramm heraufzusetzen. Das würde einer Preiserhöhung von 11 bis 12 Prozent gleichkommen.

Der Sinn der Konferenz.

Aus London kommen weiterhin nur unkontrollierbare Gerüchte und der dumpfe Ton des Nebelhorns. Ließe man das volle Licht der Oeffentlichkeit auf die Verhandlungen fallen: die Welt würde den letzten Glauben an das tolle Komödienspiel verlieren, zu dem heute die Handhabung des demokratischen Prinzips ausgeartet ist. Deshalb wurde — wie Clynes im Unterhaus auf Anfrage erklärt hat — gleich nach Eröffnung der Konferenz beschlossen, daß der Generalsekretär der Konferenz nach jeder Vollsitzung ein Kommuniqué herausgeben werde, dessen Länge durch keinerlei Vorschriften irgendwie beschränkt worden sei.

Also nicht einmal über die Vollsitzungen erfährt man Genaueres und über die eigentlich entscheidenden Kommissionssitzungen überhaupt nichts Offizielles. Das nennt man dann „Abschaffung der Geheimdiplomatie".

Kein Wunder, daß die Welt nicht weiß, was in London eigentlich vorgeht. Wir verzichten heute auf Wiedergabe von Einzelheiten, die ja doch alle inoffiziell sind, um noch einmal den Kern der Sache herauszuschälen.

Das Verhältnis der Alliierten untereinander.

Frankreich hat durch seine Militärpolitik das Mißtrauen Englands und Italiens wachgerufen und seine Finanzen schwer geschädigt. Ohne Militärpolitik würde es wieder nur ein Staat mittlerer Bedeutung werden, ohne Gesundung seiner Finanzen kann es die Militärpolitik nicht fortsetzen. Sein Ziel in London ist: seine Finanz[illegible] auf Kosten Deutschlands [illegible] praktisch unverzinsbar fortgeführt [illegible] mag allenfalls [illegible] Millionen-Anleihe leichtlich [illegible] Welt zu finden, die die Gefahren (für die Sicherheit ihrer Anleihepapiere) vergessen, die erwachsen, wenn Frankreich seine Gewaltpolitik fortsetzt. Aber von dieser Anleihe erhält Frankreich keinen Pfennig, sie soll zur Sicherung der deutschen Währung und zur Bezahlung der deutschen Sachleistungen dienen. Frankreichs Finanzen sind vielmehr auf die weiteren, die großen Geldoperationen, auf die Unterbringung der 11 Milliarden deutscher Eisenbahnobligationen und 5 Milliarden deutscher Industrieobligationen angewiesen, von denen es 52 Prozent erhalten würde. Kein Mensch weiß, ob und in welcher Frist es überhaupt möglich ist, für eine derart ungeheuerliche Anleihe von 16 Milliarden Goldmark die Zeichner zu finden. Aber eines ist sicher: wenn Frankreich die Freiheit behält, beliebig gegen Deutschland Gewalt anzuwenden, und ähnlich wie durch die Ruhrbesetzung die deutsche Wirtschaft und Währung, d. h. die einzige Grundlage für die Sicherheit dieser 16-Milliarden-Anleihe, zu ruinieren — dann ist an eine Unterbringung der Anleihen nicht zu denken. Es ist zwar richtig, „die Welt will betrogen werden", und das ganze Sachverständigenprogramm dürfte auf einen einzigen — wenn auch vielleicht gutgemeinten — großen Weltbetrug herauslaufen, aber so ganz offensichtlich unsinnig sind die Geldgeber denn doch nicht.

Entweder verzichtet Frankreich auf seine eigenmächtige Gewaltpolitik oder es bekommt kein Geld. Um diese Klippe kommt es nicht herum, und das ist der Kern der ganzen Londoner Konferenz.

Immerhin muß man die Zähigkeit bewundern, mit der die Franzosen eine an sich ganz aussichtslose Position verteidigen, indem sie beides haben wollen: Geld und Handlungsfreiheit, und kann man unseren Politikern nur eine gleiche Zähigkeit in der Wahrung unserer deutschen — durchaus berechtigten und vernünftigen — Forderungen und Interessen wünschen.

Unsere Stellung zu London.

Wir Deutschen haben zwei starke Stützen im feindlichen Lager: Englands Weltmacht und Wirtschaft sind durch den unerwarteten Machtaufstieg Frankreichs schwer bedroht. Es ist für England Lebensfrage, Frankreich niederzuhalten. Und Amerika hat von Frankreich seine ganzen Kriegsanleihen wiederzubekommen — auf die es dank der ruinösen Militärpolitik Poincarés bisher nicht einmal Zinsen erhalten konnte —, die Fortsetzung der französischen Militärpolitik würde also für Amerika den Verlust dieser Milliarden bedeuten. Dazu hat der Amerikaner sein Geld nicht gegeben, genau so wenig wie er dazu gar noch neues Geld für die 16-Milliarden-Anleihe geben wird.

Aber diese rein materiellen, finanziellen und machtpolitischen Verhältnisse sind für unsere Stellung in und zu London nicht entscheidend.

Die Zeit reift heran, wo die Welt sich darauf besinnen muß, daß alle ihre heutigen weitgreifenden machtpolitischen Pläne, ihr ganzes Wirtschafts- und Staatsleben auf einem ganz bestimmten, unersetzbaren Fundament ruhen: auf der Achtung der unaeschriebenen Gesetze von Treu und Glauben. Ohne die stillschweigende Befolgung dieser Gesetze im Staats- und Weltverkehr können Staaten und Volkswirtschaften genau so wenig bestehen, wie ein einzelner Geschäftsmann, wie jeder einzelne Privatmann. Man stelle sich vor, der kommunistische Anarchismus, der kein Gesetz von Treu und Glauben, keine moralische Bindung anerkennt, wäre verwirklicht: jeder Verkehr von Mensch zu Mensch wäre unmöglich, um jeden Kauf und Verkauf müßte ein Prozeß geführt werden vor Gerichten, die keine Bindung an irgendein Gesetz mehr anerkennen, um jeden Besitz müßte man sich der Gewalt erwehren, keine gegenseitige Hilfeleistung wäre mehr möglich. Man scheide Treu und Glauben aus, den „Kredit" (von credere = jemandem trauen, glauben), dann steht das ganze soziale Leben, das Zusammenleben der Menschen, still.

Was von den Einzelmenschen gilt, gilt genau so von den Einzelstaaten: ohne Treu und Glauben, ohne gewisse Sicherheit der Verträge, lediglich mit Gewalt, ist keine Politik, ist kein Nebeneinander der Staaten möglich.

Hinter der materiellen Krise, die zur Londoner Konferenz geführt hat, steht die schwerere, tiefere Krisis der heutigen Welt: die Krisis von Treu und Glauben, die drohende Anarchie.

Noch hält die Welt zusammen, noch lebt und wirkt der Glaube an Treu und Glauben. Aber überall in der Welt gärt es in den Tiefen, der Anarchismus regt sich und das Gewissen des einzelnen regt sich — das ist der tiefe ethische Urgrund der heutigen demokratischen Strömung in aller Welt. Noch weiß man die Welt hinwegzutäuschen mit den äußeren, vielfach mißverstandenen [illegible] praktisch-politisch verfälschten Forderungen politischen Demokratie. Aber wehe [illegible] Tage, wo den [illegible] Treu [illegible] verlieren. Dann kommt — unaufhaltsam — aus den tiefsten Tiefen der Menschenseele heraus — der große Umsturz. Dann kommt Kampf auf Kampf der jeder Bindung entfesselten Willkür und Gier, dann bricht das ganze heutige System menschlichen und staatlichen Zusammenlebens auseinander, die Ernährungsmöglichkeit der ungezählten Millionen Menschen — die nur auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit in Treu und Glauben möglich ist — hört auf (das an Ackerland unermeßlich reiche Rußland ist ein drohendes Beispiel), kurz: die Weltkrise, die niemand mehr heilen kann, ist da.

*

Die Alliierten haben die 14 Punkte Wilsons und die Waffenstillstandsbedingungen verfälscht zum Vertrag von Versailles. Sie haben den Vertrag von Versailles durch die willkürliche Auslegung weiter verfälscht. Endlich hat Frankreich Deutschland Gewalt anzuwenden, und ähnlich wie durch die Ruhrbesetzung die deutsche Wirtschaft und Währung, d. h. die einzige Grundlage für die Sicherheit dieser 16-Milliarden-Anleihe, zu ruinieren — dann ist an eine Unterbringung der Anleihen nicht zu denken. Es ist zwar richtig, „die Welt will betrogen werden", und das ganze Sachverständigenprogramm dürfte auf einen einzigen — wenn auch vielleicht gutgemeinten — großen Weltbetrug herauslaufen, aber so ganz offensichtlich unsinnig sind die Geldgeber denn doch nicht.

Entweder verzichtet Frankreich auf seine eigenmächtige Gewaltpolitik oder es bekommt kein Geld. Um diese Klippe kommt es nicht herum, und das ist der Kern der ganzen Londoner Konferenz.

Immerhin muß man die Zähigkeit bewundern, mit der die Franzosen eine an sich ganz aussichtslose Position verteidigen, indem sie beides haben wollen: Geld und Handlungsfreiheit, und kann man unseren Politikern nur eine gleiche Zähigkeit in der Wahrung unserer deutschen — durchaus berechtigten und vernünftigen — Forderungen und Interessen wünschen.

Unsere Stellung zu London.

Wir Deutschen haben zwei starke Stützen im feindlichen Lager: Englands Weltmacht und Wirtschaft sind durch den unerwarteten Machtaufstieg Frankreichs schwer bedroht. Es ist für England Lebensfrage, Frankreich niederzuhalten. Und Amerika hat von Frankreich seine ganzen Kriegsanleihen wiederzubekommen — auf die es dank der ruinösen Militärpolitik Poincarés bisher nicht einmal Zinsen erhalten konnte —, die Fortsetzung der französischen Militärpolitik würde also für Amerika den Verlust dieser Milliarden bedeuten. Dazu hat der Amerikaner sein Geld nicht gegeben, genau so wenig wie er dazu gar noch neues Geld für die 16-Milliarden-Anleihe geben wird.

Aber diese rein materiellen, finanziellen und machtpolitischen Verhältnisse sind für unsere Stellung in und zu London nicht entscheidend.

Die Zeit reift heran, wo die Welt sich darauf besinnen muß, daß alle ihre heutigen weitgreifenden machtpolitischen Pläne, ihr ganzes Wirtschafts- und Staatsleben auf einem ganz bestimmten, unersetzbaren Fundament ruhen: auf der Achtung der unaeschriebenen Gesetze von Treu und Glauben. Ohne die stillschweigende Befolgung dieser Gesetze im Staats- und Weltverkehr können Staaten und Volkswirtschaften genau so wenig bestehen, wie ein einzelner Geschäftsmann, wie jeder einzelne Privatmann. Man stelle sich vor, der kommunistische Anarchismus, der kein Gesetz von Treu und Glauben, keine moralische Bindung anerkennt, wäre verwirklicht: jeder Verkehr von Mensch zu Mensch wäre unmöglich, um jeden Kauf und Verkauf müßte ein Prozeß geführt werden vor Gerichten, die keine Bindung an irgendein Gesetz mehr anerkennen, um jeden Besitz müßte man sich der Gewalt erwehren, keine gegenseitige Hilfeleistung wäre mehr möglich. Man scheide Treu und Glauben aus, den „Kredit" (von credere = jemandem trauen, glauben), dann steht das ganze soziale Leben, das Zusammenleben der Menschen, still.

Was von den Einzelmenschen gilt, gilt genau so von den Einzelstaaten: ohne Treu und Glauben, ohne gewisse Sicherheit der Verträge, lediglich mit Gewalt, ist keine Politik, ist kein Nebeneinander der Staaten möglich.

Hinter der materiellen Krise, die zur Londoner Konferenz geführt hat, steht die schwerere, tiefere Krisis der heutigen Welt: die Krisis von Treu und Glauben, die drohende Anarchie.

Noch hält die Welt zusammen, noch lebt und wirkt der Glaube an Treu und Glauben. Aber überall in der Welt gärt es in den Tiefen, der Anarchismus regt sich und das Gewissen des einzelnen regt sich — das ist der tiefe ethische Urgrund der heutigen demokratischen Strömung in aller Welt. Noch weiß man die Welt hinwegzutäuschen mit den äußeren, vielfach mißverstandenen [illegible] praktisch-politisch verfälschten Forderungen politischen Demokratie. Aber wehe [illegible] Tage, wo den [illegible] Treu [illegible] verlieren. Dann kommt — unaufhaltsam — aus den tiefsten Tiefen der Menschenseele heraus — der große Umsturz. Dann kommt Kampf auf Kampf der jeder Bindung entfesselten Willkür und Gier, dann bricht das ganze heutige System menschlichen und staatlichen Zusammenlebens auseinander, die Ernährungsmöglichkeit der ungezählten Millionen Menschen — die nur auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit in Treu und Glauben möglich ist — hört auf (das an Ackerland unermeßlich reiche Rußland ist ein drohendes Beispiel), kurz: die Weltkrise, die niemand mehr heilen kann, ist da.

*

Die Alliierten haben die 14 Punkte Wilsons und die Waffenstillstandsbedingungen verfälscht zum Vertrag von Versailles. Sie haben den Vertrag von Versailles durch die willkürliche Auslegung weiter verfälscht. Endlich hat Frankreich durch die Fälschung dadurch getrönt, daß es mit dem Ruhreinbruch den Vertrag einfach brach. Vom heutigen Zustand führt keine Brücke mehr zu den 14 Punkten und zu den Grundsätzen, für die die Welt, vor allem Amerika, in den Krieg ging. Von „Freiheit", „Gerechtigkeit", „Selbstbestimmungsrecht der Völker" keine Spur, so wenig wie von dem Wilsonschen Frieden „ohne Sieger und Besiegte", „ohne Annektionen", „ohne Reparationen" usw.

Man hat bei uns noch immer den Glauben, das deutsche Volk habe eine besondere Mission in der Welt. Und dieser Glaube ist wahr: die Stunde ist da, unsere Mission zu erfüllen.

In all den Widerstreit der Machtgier und Geldinteressen in London muß unser Volk, unsere Politik die große Forderung echter Demokratie, das große Grundgebot, auf dem die Welt aufgebaut ist, hineinwerfen: Gerechtigkeit.

Wir werden heute noch nicht erreichen, daß die Welt zu den allein heilenden Grundsätzen Wilsons zurückkehrt. Aber wir können erreichen, daß wenigstens der schlimmste Rechtsbruch: die Ruhrbesetzung, rückgängig gemacht, und dadurch damit das Grundprinzip des ganzen sozialen Lebens: die Gerechtigkeit, wieder zur Anerkennung gelangt.

Die Frage der militärischen Räumung ist mehr als eine politische: sie ist der Prüfstein dafür, ob die Herrscher der Völker wieder zurückkehren zu dem die Menschheit zusammenhaltenden sittlichen Prinzip von Treu und Glauben, oder ob sie die Welt der sittlichen und damit auch der politischen und wirtschaftlichen Anarchie überliefern.

Mögen wir für London den Mann finden, der im Namen des deutschen Volkes und im Namen der Völker der Erde die warnende Stimme erhebt und mit aller Macht und sittlichen Größe, wie sie die Gemeinheit, der Menschheit zu dienen, verleiht, dafür kämpft, daß die Welt Einhalt tut auf dem Wege der Anarchie und zurückkehrt zu dem, was allein retten kann: Treu und Glauben.

Das ist unsere Aufgabe auf der Londoner Konferenz. Elze.

Roter „Segen".

Hunger in Rußland.

Von Axel Schmidt.

Dieses Mal scheinen die bolschewistischen Machthaber von ihrer Taktik abzugehen, die Mißernte abzuleugnen, bis sich, wie 1921, das Massensterben nicht mehr verheimlichen ließ. Sie veröffentlichen in ihrer Presse jetzt selbst Nachrichten von dem schlechten Stand der Saaten. Freilich zur ganzen grausamen Wahrheit haben sie sich noch nicht zu bekennen gewagt, weil sie sonst ihren gesamten Getreideexport hätten einstellen müssen, der ihnen die so bitter notwendigen Devisen einbringt. An sich stehen die Preise in Rußland infolge der drohenden Mißernte jetzt schon viel höher als auf dem Weltmarkt. Während der Durchschnittspreis für Roggen auf den europäischen Märkten 1 Rubel pro Pud beträgt, wird auf den russischen Märkten bereits 1,50 bis 2 Rubel gezahlt. Dazu kommt, daß bei dem schwerfälligen Apparat des russischen Außenhandels die Spesen für Transport und allgemeine Verwaltungskosten unverhältnismäßig hoch sind und etwa die Hälfte des Exporterlöses aus dem Auslande verschlingen. Wenn trotzdem die Sowjet-Regierung auf den Export besteht, statt das Getreide zu den weit höheren Preisen im Inlande zu verkaufen, so kann es sich bei diesem Verlustgeschäfte nur um die Notwendigkeit der Beschaffung von Devisen handeln. Wie die Preise in Rußland in den letzten [illegible] gestiegen sind, dafür ist

„In Tambow haben sich seit dem 20. Juni unter dem Ei[illegible]druck der Gerüchte, daß es kein Getreide geben werde und bald wieder zum Kartensystem für Brot gegriffen werden müsse, die Einwohner mit Korn zu versehen. Vor den Getreide- und Mehlhandlungen zeigten sich wieder „Schlangen" von hundert und mehr Menschen. Unternehmende Leute nutzten die Panik aus. Sie kauften Getreide für 1 Rubel 40 Kopeken pro Pud und verkauften es bald darauf für 2 Rubel 50 Kopeken bis 3 Rubel 50 Kopeken. Um möglichst viel Getreide aus den Läden zu erhalten, wurden von ihnen sogar Arbeitslose engagiert zum Schlangenstehen vor den Läden".

Von einer ähnlichen Panikstimmung wird auch aus den Dörfern berichtet:

Noch heißt es in einer Erklärung der Sowjet-Regierung, daß etwa 5 Mill. Deßjatinen mit 5 Mill. Einwohnern von der Mißernte betroffen sind, während im Jahre 1921 25 Mill. Deßjatinen von der Dürre heimgesucht waren. Wenn man aber die bolschewistische Presse genauer verfolgt, so umfaßt das Gebiet, von dem Nachrichten von Mißwachs vorliegen, etwa 60 Mill. Deßjatinen.

Daß die offizielle Zahl von 5 Mill. Deßjatinen viel zu niedrig gegriffen ist, beweist schon die Tatsache, daß im Jahre 1923, das von der bolschewistischen Regierung als „gutes Erntejahr" bezeichnet wurde, in den Gouvernements Samara etwa 5,7 Mill. Einwohner von der Regierung als der Unterstützung sehr bedürftig erklärt wurden, weil es dort eine partielle Mißernte gegeben hätte. Es ist daher eitel Schaumschlägerei, wenn Steklow, der Chefredakteur der offiziellen Zeitung „Isw.", erklärt, daß die Mißernte von diesem Jahre nicht so schreckliche Folgen haben dürfte wie die von 1921, weil inzwischen das bolschewistische Regime sehr erstarkt sei und daher viel besser mit allen Schwierigkeiten wird fertig werden können als im Jahre 1921. Diese Erklärung des offiziellen Blattes ist reichlich optimistisch.

Bereits jetzt im Sommer ist es an 18 Orten des Gouvernements Seratow zu Plünderungen von Getreidespeichern gekommen.

Laut offiziellen Berichten ist im Norden und im Zentrum bis Moskau einschließlich eine Ernte unter mittel zu erwarten. Da diese Gebiete aber stets Zuschußgebiete an Getreide sind, kommt alles darauf an, wie die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240720017/fragment/page=0001

Ernte in den Ueberschußgebieten ausfallen wird. In den Ueberschußgebieten Großrußlands, an der Kama, Wolga und im Uralgebiet, sind infolge der lang andauernden Hitze und Dürre die Aussichten schlecht geworden. Das bolschewistische Wirtschaftsorgan „Ekon. Shisn.“ vom 14. Juni erklärte, daß „eine Mißernte, schwerer als die im Jahre 1921, zu erwarten sei, und zwar nicht nur beim Wintergetreide, sondern auch beim Sommergetreide“. Die Bauern beginnen bereits ihr Vieh für ein Butterbrot loszuschlagen, um für den Erlös Getreide zu kaufen. Und in der Ukraine, in der Krim und im Kaukasus ist nach der Meldung des Vorsitzenden der Landwirtschaftsverwaltung Wolkow laut der „Kommunist“ vom 10. Juni die Ernte auf 2,3 bis 2,4 zu schätzen, d. h. weit unter mittel.

Was endlich Sibirien betrifft, so liegen von dort nur wenig Mitteilungen vor. Aber auch dort wird die Ernte auf 2,5 bis 2,9, also unter mittel geschätzt. Nur im Altaigebiet wird eine Ernte von 3,2 erwartet.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß das beherrschende Thema in der Oeffentlichkeit und in der Presse die drohende Hungerkatastrophe ist. Das Regierungsblatt „Isw.“ befiehlt ganz nach zarischem Muster, „den Strom von unnützen Telegrammen mit Paniknachrichten durch ein Verbot der Veröffentlichungen einfach abzudämmen“.

Das Parteiblatt der Kommunisten, die „Prawda“, schreibt:

„Die Reisenden aus dem Wolgagebiet klagen einstimmig mit aufgerissenen Augen, aus denen die Angst spricht, vom Herannahen des Unheils. Moskau selbst ist angefüllt mit Unruhe, nicht nur weil die Mißernte da ist, sondern auch, weil im sonst so lebhaften Junimonat die Handelsumsätze rapid fallen. Ist das nicht ein Symptom für das Herannahen einer Produktionskrise infolge der kommenden Hungersnot?“

Wie weit die Not jetzt im Sommer schon vorgeschritten ist, geht aus einer Meldung der „Ekon. Shisn.“ hervor:

„Das Steigen der Preise in Kasan ist durch das Eintreffen zahlreicher Sackträger aus dem Süden, vor allem aus dem Mißerntegebiete der Wolga, verursacht worden. Mit anderen Worten, die Not ist schon so groß, daß Bauern, um einen Sack Getreide zu erhalten, weite Reisen unternehmen.“

Das hindert aber die Sowjet-Regierung nicht am Export von Getreide [illegible] „...owaja“ [illegible] ...ertums lasen, stand auch die Nachricht, daß große Verladungen von Mais in Rostow für den Versand nach Marseille an der Tagesordnung seien.

Ganz wie in der Leibeigenschaft ist auch im bolschewistischen Rußland das Leben des russischen Bauern kein Wertgegenstand. Ueber das Sterben von Tausenden von Russen mag sich das sentimentale Europa aufregen, die Bolschewisten kümmert das wenig, sie setzen den Getreideexport fort zur Gewinnung von Devisen für die Weltrevolution.

Neues Verbrechen geplant.

Die Kommunisten wollen Bürgerkrieg-Sturmtrupps aus den Reihen der Kriegskrüppel formieren.

Das hallische sozialistische Organ „Volksblatt“ schreibt in der Nummer vom 17. Juli:

„Ein Zufall weht der „SPD.“ eine „nur als Manuskript gedruckte“ Broschüre der Zentrale der KPD. auf den Tisch, die naturgemäß streng vertraulichen Charakter hat. Sie enthält Anweisungen an alle Bezirke, Unterbezirke und Ortsgruppen für **eine Kampfwoche vom 27. Juli bis 4. August.** Selbstverständlich verdankt der Gedanke seine Entstehung der Exekutive der Komintern, also Moskau. Damit ist alles gesagt. Der Gedanke einer Gedenkfeier an die Gefallenen des Weltkrieges liegt völlig außerhalb der ethischen Aspirationen Moskaus, vielmehr geht der moskowitische Befehl dahin, zur zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsbeginns in allen Ländern große internationale Kundgebungen „gegen den imperialistischen Krieg und für den Bürgerkrieg“ zu veranstalten.

Mit zynischer Offenheit wird befohlen: „Im Laufe dieser Woche“ muß dem imperialistischen Krieg klar und deutlich der Bürgerkrieg entgegengestellt werden, und damit niemand auf den Gedanken kommt, daß die Kommunisten etwa pazifistische Ideale verfolgen, wird ausdrücklich angeordnet, „daß die „Woche“ unter keinen Umständen einen pazifistischen Charakter tragen darf, sondern offen den Bürgerkrieg als unumgängliche Notwendigkeit zur Befreiung der Arbeiterklasse aufzeigen muß“.

Als Kampfobjekte werden 13 Punkte genannt. Voran steht der Kampf gegen den Versailler Vertrag und gegen das Sachverständigengutachten, am Schlusse das Bündnis mit Sowjetrußland und die Weltrevolution. Diese vier Punkte umrahmen 9 innerpolitische Forderungen, die sich hauptsächlich gegen die Sozialdemokratische Partei richten, denn „die Sozialdemokratie ist die Partei des Arbeiterverrates und des Arbeitermordes . . . Alle Opfer, die von der Kommunistischen Partei und vom revolutionären Proletariat gebracht wurden, sind auf das Schuldkonto der Sozialdemokratie zu schreiben. Die Arbeiterschaft in allen Betrieben und in allen Organisationen muß sich deshalb solidarisch erklären mit den Opfern aller Kämpfe, mit den 15 000 Gemordeten, mit den Tausenden Eingekerkerten . . .“ Damit sind doch wohl die von den Bo[illegible] ...nicht lumpen oder [illegible] Zahl imponieren, denn ausdrücklich wird in den „Anweisungen“ angeordnet, daß „**keine Demonstration ohne Voranmarschieren der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen“ stattfinden darf.** Wenn man sich an die erst vor etwa einem Vierteljahr ergangene Anweisung erinnert, daß **solche Demonstrationen stets mit Zusammenstößen mit der Polizei zu treiben seien,** so erkennt man nur allzu deutlich, daß diesen Aermsten das Los von Sturmtrupps zugedacht ist, die die blutige Suppe auslöffeln sollen.

Die besonnene Arbeiterschaft muß sich von dieser gewissenlosen Aufputscherei mit Ekel abwenden und der verbrecherischen Bürgerkriegsparole keine Folge leisten. Diese Woche von Provokationen, die auf Befehl Moskaus veranstaltet werden muß, wird im Gegenteil nur dazu angetan sein, der Arbeiterschaft von neuem die Augen darüber zu öffnen, **daß die KPD. der größte Feind der Arbeiterklasse ist und daß eine Partei, die in sklavischem Gehorsam vor Moskau erstarrt und geistig so völlig auf den Hund gekommen ist, daß sie selbst eines eigenen Gedankens nicht mehr fähig ist, sie nur ins Verderben führen kann.“**

*

Wir können diese Ausführungen des Volksblatts Wort für Wort unterschreiben. Zugleich aber drucken wir sie ab als ein erschütterndes Zeichen der Verhetzung und Verwirrung, die in unserm, der Raubgier aller übrigen Völker der Welt wehrlos ausgesetzten Volke herrschen:

Die Kommunisten haben vollständig recht, wenn sie „**gegen den Versailler Vertrag und gegen das Sachverständigengutachten** aufrufen: das ist, wie wir immer wieder betont haben, die einzige wirklich „große“ Politik, die zur Heilung Deutschlands und Europas gemacht werden kann und die nur die Arbeiterklasse mit Aussicht auf Erfolg machen kann: **ist geradezu die heutige geschichtliche Mission des deutschen Arbeiterstandes.**

Und gegen diese Politik sträubt sich in unbegreiflicher weltkapitalistischer Verblendung die Sozialdemokratie.

Andererseits hat die Sozialdemokratie vollständig recht mit ihrer entschiedenen Stellungnahme gegen den **russisch-deutschen Kommunismus, der jede Freiheit und Kultur in Ketten und Blut und jede Existenzmöglich-**[illegible] ...olich werd[illegible] ...s wieder wie im 1914 in [illegible] Erkenntnis unserer Schicksalsgemeinschaft und im Willen zu geschlossener Abwehr der Feinde und Not zusammenfinden?

Russisch-türkischer Zwischenfall.

Die griechische Zeitung „Politika“ bringt eine Nachricht der Radioagentur, wonach in Angora der russische Militärattaché und der russische Konsul wegen Spionage verhaftet worden seien. Auf eine hierauf erfolgte drohende Note der Sowjetregierung habe die türkische Regierung geantwortet, daß sie nicht nur die Verhafteten nicht freilassen, sondern überdies auch die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abbrechen werde, wenn die kommunistische Propaganda in der Türkei fortgesetzt würde.

Der Rechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag mit einem kommunistischen Antrag, der allgemeine Amnestie für politische Straftaten fordert. Dieser Antrag wurde von fast sämtlichen Parteien wegen seiner allgemeinen Fassung abgelehnt.

*

Die Bolschewisten wollen an Stelle des Sonntags den Lenintag einführen. Lunatscharski plant, die Wochentagsbezeichnungen durch kommunistische zu ersetzen.

„Zur Verständigung“!

Kurz vor Eröffnung der großen Düsseldorfer Kunstausstellung vertrieben die Franzosen die Düsseldorfer Künstlerschaft durch Beschlagnahme des Kunstpalastes aus ihren Ausstellungsräumen und zwangen die Ausstellung, nach Köln zu gehen. Am Donnerstag ist in dem Augenblick, in dem die Düsseldorfer Kunstausstellung in Köln fertig war und kurz vor der Eröffnung stand, plötzlich in aller Stille der Kunstpalast in Düsseldorf wieder geräumt worden. Bemerkenswert ist, daß gegenwärtig eine große Reihe alter Kasernen und beschlagnahmter öffentlicher Gebäude vollständig leer stehen, obwohl noch in letzter Zeit neue Beschlagnahmungen, so auch die des Regierungsgebäudes, erfolgt sind — Schikane und immer wieder Schikane.

Die deutschnationale Volkspartei zur Lage

Von deutschnationaler Seite wird der Telegraphen-Union mitgeteilt: Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Donnerstag nachmittag und am Freitag vormittag eingehend die Lage besprochen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergibt. Mit ernster Sorge sieht die Fraktion dem Ergebnis der Londoner Konferenz entgegen, zu der die deutsche Regierung noch nicht einmal eingeladen worden ist. Wiederum steht also Deutschland vor einem Diktat der alliierten Mächte, dem es sich fügen soll, ohne an den Einzelheiten der zu treffenden Abmachungen entscheidend mitzuwirken.

Dabei scheint es, abgesehen von vielen anderen untragbaren Zumutungen, dahin zu kommen, daß Deutschland ungeheuerliche Lasten und Beschränkungen seiner Selbständigkeit auf sich nehmen soll, ohne daß es Sicherheit für die Befreiung an Rhein und Ruhr und dafür erhalten soll, daß weitere sogenannte Sanktionen in Zukunft ausgeschlossen sind. Die militärische Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete ist bisher nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen, finanziellen und Verwaltungshoheit in dem ganzen besetzten Gebiete scheint in unabsehbare Ferne gerückt. Auf diese Weise kann das von den Sachverständigen vorgeschlagene Abkommen nicht die freiwillige Zustimmung des deutschen Volkes finden, die von den ausländischen Geldgebern zur Voraussetzung der Deutschland zu gewährenden Kredite gemacht wird.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion jedenfalls ist nicht gewillt, ein Abkommen auf solcher Grundlage zustandekommen zu lassen. Die Maßnahmen, die je nach dem weiteren Verlauf der Verhandlungen von ihr zu ergreifen sind, wurden beraten und vorbereitet.

Vertagung des Landtages.

Der preuß. Landtag nahm am Freitag ohne Debatte in dritter Beratung einige kleinere Vorlagen an, darunter die Bereitstellung weiterer [illegible]mittel für die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder. Bei der dritten Beratung des Gesetzentwurfes über die Verkündung von Rechtsverordnungen protestiert Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) dagegen, daß Kommunisten aus dem besetzten Gebiet wegen Vergehens gegen die Verordnung über den Belagerungszustand verurteilt worden sind, obwohl diese Verordnung im besetzten Gebiet gar nicht gilt. Die Polizei habe dabei die häßliche Methode angewandt, die Betreffenden unter falschen Vorwänden ins unbesetzte Gebiet zu locken und dort zu verhaften. Ohne weitere Aussprache wird die Vorlage angenommen, ebenso einige kleinere Etats. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Leinert schlägt vor, die nächste Sitzung nach den Ferien am 23. September, 1 Uhr nachmittags, abzuhalten. Das Haus vertagt sich.

Schläuche für alle Zwecke in allen Weiten und Längen im Spezialgeschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Lit. Bur. M. Lincke Dresden 21.

31. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Das Mädchen eilte hinaus und kam gleich darauf mit zwei riesigen Pappschachteln, gefolgt von dem Diener, der noch zwei ebensolche trug, wieder herein. Auf ihren Wink setzte er sie, nachdem er sich vor der Freifrau verbeugt, auf den mit dickem Perserteppich belegten Fußboden nieder und entfernte sich. Bronislawa, die Jungfer, stellte nun nach Abnahme der Deckel eine nach der andern auf das Ziertischchen neben ihre Herrin, damit sie den Inhalt prüfe. Teuerste Hüte, Schleier, Seidenwäsche, Rüschen und sonstige kostspielige Luxussachen vornehmer Damen, welche fast kein Gewicht haben und doch große Summen ausmachen, glitten durch die feinen weißen, beringten Finger der schönen Frau.

„Ich bin diesmal zufrieden und werde alles behalten,“ bemerkte sie nach der Durchsicht. „Sind die Rechnungen mitgeschickt?“

„Ja, Vanja, hier in dem Umschlag wahrscheinlich.“

Lodovika nickte nur, ohne ihn zu öffnen und einen Blick hineinzutun.

„Dort drüben auf meinem Schreibtisch im zweiten Fach links liegt noch die vom Juwelier über den Rubinschmuck. Gib sie beide dem Freiherrn.“

„Gleich, Vanja?“

„Ja. Sollte er ausgegangen oder in der Kinderstube sein, so kannst du sie ihm in seinem Arbeitszimmer auf den Schreibtisch legen. Trag aber zunächst die Sachen in mein Ankleidegemach hinüber. Einräumen wirst du sie später.“

Das Mädchen gehorchte. Nach einem Weilchen kam sie mit einem großen Gestell prachtvoller dunkelroter, mit breitem, schwerem, gleichfarbigem Atlasband umwundener Rosen zurück. Die seien soeben für die Frau Baronin abgegeben worden.

„Nicht hierher, sie duften zu stark, auf das Glasschränkchen da,“ wehrte sie der Jungfer, welche sie ihr zur Ansicht hinhielt, gleichgültig.

Als aber das Mädchen, nachdem sie den Befehl ausgeführt, hinausgegangen war, stand Lodovika auf, ging zu den Rosen, sog ihren herrlichen Duft ein, schlug sie suchend auseinander und entnahm unten dem mit feuchtem Moos belegten Gestell ein Briefchen. Es enthielt die mit einer geschlossenen Krone verzierte Namenskarte des Herzogs Savarna und darunter eine in französischer Sprache abgefaßte feurige Widmung.

Sie las sie lächelnd und barg sie dann in ihrem Busen. Eben war sie zu ihrem Platz auf dem Diwan zurückgekehrt und hatte sich eine neue Zigarette angezündet, da klopfte es an die Tür, und ohne ihr Herein abzuwarten, trat ihr Gatte ein.

Lodovika wußte genau, weshalb er kam. Denn er hielt die ihm eben gesandten Rechnungen in nervöser Hand und befand sich in augenscheinlicher Erregung. Desto ruhiger und kälter sah sie selbst ihm entgegen. Ihr Anblick überraschte ihn.

Er hatte seine Frau schon lange nicht mehr in ihren eigenen Gemächern aufgesucht und sie daher auch nicht in ihren verführerischen Morgengewändern erblickt, weil sie zum ersten Frühstück nie im Speisezimmer erschien. Trotzdem er durchaus nicht mehr in der Stimmung eines Bewunderers war, ihr im Gegenteil sehr grollte, konnte er sich doch der gerade in dem losen, intimen Gewande fast überwältigend wirkenden fremdartigen Schönheit Lodovikas nicht entziehen und begriff, daß sie einem leidenschaftlichen südlichen heißblütigen Charakter wie dem jungen sizilianischen Herzog den Kopf verdrehen mußte. Hatte sie ihm selbst doch, dem soviel Kühleren und noch dazu durch eine echte Herzensliebe Gefeiten die Sinne zu umnebeln und jener untreu zu machen gewußt.

Der Eindruck verflog jedoch bald wieder. Er begrüßte Lodovika, die ohne ihre Stellung im geringsten zu verändern, gelassen mit ihrem Zigarettenrauchen fortgefahren war — eine ihr unentbehrliche Angewohnheit, die er bei Frauen und ganz besonders bei seiner eigenen verabscheute — und sagte dann möglichst beherrscht:

„Bronislawa brachte mir in deinem Auftrage soeben diese Rechnungen; hast du sie angesehen?“

„Nein.“

„So tue das, bitte, jetzt!“

Er war zu ihr an das Ziertischchen getreten und legte ihr die beiden Rechnungen vor. Die Gersonsche trug eine vierstellige, die des Juweliers eine fünfstellige Zahl. Ohne darauf hinzusehen, fuhr sie gleichmütig fort zu rauchen und den Dampf aus ihren rosigen Lippen zu blasen.

„Ich bat dich, die Rechnungen zu besichtigen,“ mahnte er, noch an sich haltend.

„Wozu?“ entgegnete sie, ohne auch nur den Kopf zu wenden. „Das ist deine Sache!“

„Und das Bezahlen auch, meinst du!“ Und jetzt verriet seine Stimme steigende Gereiztheit. „Es ist mir unmöglich, ferner solche Summen für dich auszugeben; deshalb habe ich dich wiederholt ersucht, dich einzuschränken, und dir erklärt, daß, wenn du meinem berechtigten Verlangen nicht nachkommst, die Sachen an die Firmen zurückgehen müssen. Das wird jetzt geschehen. Der Rubinschmuck ist völlig unnötig; ebenso sind es die auf der Gersonschen Rechnung angeführten Ueberflüssigkeiten, welche du bestelltest.“

„Darüber steht dir kein Urteil zu,“ versetzte sie geringschätzig. „Was weißt du davon, was eine Dame der Gesellschaft braucht! Der Rubinkamm und die Ohrringe, die ich bereits trage, wie du siehst, können nicht mehr zurückgesandt werden, und die Toilettensachen sind bereits eingeräumt worden. Was ich bestimmt bestelle, werde ich unter allen Umständen behalten, schon um mein Ansehen und die Firma nicht zu schädigen; das sollte dir, als Juristen, besonders einleuchten,“ schloß sie mit unmerklichem Hohn.

„Es ist das letztemal, hörst du, das letztemal, daß ich dergleichen für dich bezahle,“ sprach er nachdrücklich, ohne ihren Einwand zu beachten. „Läßt du deine verrückten Bestellungen nicht, so bleibt mir nichts anderes übrig, als die Firmen dementsprechend von meinem Entschlusse zu verständigen.“

Jetzt fuhr Lodovika auf.

„Wage es nur! Dazu hast du kein Recht! Ich kann mit meinem Gelde machen, was ich will; denn meine Mitgift, die du verwaltest —“

„Besteht nicht mehr!“ fiel er scharf ein. „Deine Verschwendungssucht, deine kostspieligen Liebhabereien, vor allem deine Juwelenmanie haben sie aufgezehrt!“

„Das glaube ich nicht!“ rief sie heftig.

„Die Einsicht in meine Bücher steht dir frei,“ entgegnete er ohne Empfindlichkeit. „Es widerstrebt mir, davon zu reden, aber um uns beide einmal völlig klar darüber zu machen, will ich dir mitteilen, daß deine Mitgift nicht im entferntesten so hoch war, wie du vermutetest. Mir persönlich war das gleichgültig, weil ich nicht zu den Männern gehöre, welche gern vom Weibe Geld empfangen und leben, sondern zu denen, welche der eigenen Kraft und Arbeit vertrauen. Allerdings konnte ich auch nicht annehmen, daß du derartig verschwenden und so wenig hauszuhalten und zu rechnen verstehen würdest.“

„Dann hättest du mich eben nicht heiraten müssen. Die geborene Gräfin von Radonska ist auf Krämergeist nicht zugeschnitten,“ sagte sie hochmütig.

„Die große Dame, ja, die Fürstin selbst wird sich verständig nach dem Vermögen des Mannes richten und nicht darauf loskaufen, was ihr in die Augen sticht,“ versetzte er, seinen Unmut zu meistern suchend. „Ich habe dich bis jetzt vergeblich gebeten, diese Kaufsucht einzudämmen; von heute an fordere ich es auf das entschiedenste. Auch die übermäßig zahlreichen Gesellschaften, die du besuchst und die uns zu gleichen häufigen Einladungen zwingen, übersteigen meine Mittel. Sie sind auf die durch meine Stellung bedingten unerläßlichen Gastmähler zu beschränken. Ebenso müssen die fast allabendlichen Opernbesuche auf den teuersten Logenplätzen aufhören. Ich kann und will deinetwegen nicht in Schulden geraten!“

Sie gab keine Antwort, sondern funkelte ihn mit Augen an, die nichts mehr von sammetartiger Weichheit hatten. Wie immer, wenn er sich in ungewöhnlicher Aufregung befand, schritt er gesenkten Auges im Zimmer auf und ab, bemüht, auf diese Weise sein Gleichgewicht wieder herzustellen. An dem allerlei Kostbarkeiten bergenden Glasschränkchen vorüberkommend, machte ihn berauschend süßer Wohlgeruch aufblicken. Angesichts der reichen und geschmackvollen, dabei vieldeutigen Blumenspende bemächtigte sich seiner sofort ein zäher Verdacht.

(Fortsetzung folgt.)

Sie dürfen es nicht

als Ihr Geheimnis betrachten, daß Sie Ihre Kleider, Blusen, Gardinen usw. nur mit den weltberühmten echten Heitmann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern, selbst färben, sondern Sie müssen es auch Ihren Freundinnen und Bekannten erzählen.

Heitmann's Farbe spart den Färber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240720017/fragment/page=0002
DFG